

Die „Joboffensive“ ist keine

Die Maßnahmen der rot-schwarzen Regierung in ihrem aktualisierten Programm gegen die hohe Arbeitslosigkeit richten sich in Wahrheit nur gegen die Arbeitslosen selbst. Wer Jobs schaffen will, verkürzt die Arbeitszeit, statt den Druck auf Arbeitslose zu erhöhen. Auf Arbeitslose kommen demnächst neue schikanöse Bestimmungen zu.

Seite 2

Irland: Strafen fürs Protestieren

Die irische Regierung versucht, Proteste gegen ihre unsoziale Politik zu kriminalisieren. Sie zerrt AktivistInnen, die eine extrem unsoziale Wassersteuer bekämpft hatten vor Gericht. Doch es gibt eine internationale Solidaritätskampagne. Eddie McCabe vom CWI in Irland berichtet über die Hintergründe und die Bewegung „Jobstown not guilty“.

Seite 12

Schwerpunkt

Umweltverschmutzung bis hin zur Zerstörung ist kein Systemfehler, sondern das System Kapitalismus selbst zerstört für Profite laufend die Natur und damit unser aller Zukunft.

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 257 | 04.17

Arbeitszeit verkürzen statt 12-Studentag!

Die Unternehmen wollen uns noch mehr ausquetschen. Wir sollen mehr arbeiten für weniger Geld. Die Löhne sinken, beim Kündigungsschutz wird gestrichen und der Druck auf Arbeitslose wird erhöht. Einen Betriebsrat zu gründen wird immer gefährlicher. Kollektivverträge wollen sie auch abschaffen. Das Arbeitsinspektorat, dessen Aufgabe es ist, den Schutz von ArbeitnehmerInnen zu kontrollieren, wird mit einer inszenierten Medienkampagne so unter Druck gesetzt, dass es sich bereits im Interesse von Unternehmen über Ausnahmen von Arbeitsschutzbestimmun-

gression ist ein Scheingefecht: Die SPÖ tut so als täte sie etwas für unsere Einkommen und die ÖVP entlastet die oberen. Arbeitszeitverlängerung (im Tarnsprech „Flexibilisierung“ genannt) steht ganz oben auf der Wunschliste – 12-Stunden-Tag, Sonn- und Feiertagsarbeit, Überstunden ohne Zuschläge. Zahlreiche Studien warnen vor den fatalen Folgen.

Was macht die Gewerkschaft? Sie setzt sich mit den Unternehmern hin und verhandelt über die Umsetzung. Absurder geht es nicht. Die Spitzen der österreichischen Gewerkschaften haben die Ar-



Unser Lohn, unsere Arbeitszeit, unsere Jobs und unsere Rechte stehen auf der Abschlusliste der Unternehmen!

gen erkündigt. Gewerkschaften werden zu Feinden erklärt. Der Wind wird härter.

Die Debatte über die Abschaffung der kalten Pro-

gumente der Unternehmen von Standortlogik und „Sachzwängen“ längst übernommen.

Doch die Unternehmer geben uns keine Jobs,

auch wenn wir noch so viel und billig hackeln. Die Arbeitszeit muss verkürzt werden – und zwar bei vollem Lohn! Nur so können Jobs geschaffen werden. Zusätzlich müssen die Löhne erhöht und automatisch an die Inflation angepasst werden. Das ist nicht unrealistisch, denn das Geld dafür ist da – bei den Profiten der Unternehmen, die wir erarbeiten. Ihre Angriffe und

ihre Propaganda können wir nicht mehr hören. Mit einer kämpferischen Gewerkschaft haben wir Stärke und Möglichkeit, uns die Reichtümer zu holen, die wir erarbeitet haben, die sich aber andere einstecken. Doch dazu brauchen wir andere, nämlich demokratische und kämpferische Gewerkschaften. Und die müssen wir aufbauen!

Helga Schröder

Die SLP fordert:

- Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich!
- Mindestlohn, Mindestpension und Mindestarbeitslosengeld von 1.700 €! Sowie die automatische Anpassung an die reale Inflation!

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Erdogan tritt die Demokratie mit Füßen und strebt in Richtung autoritärem Regime mit religiösem Einfluss. Medial kommt v.a. Kritik jener rechten PolitikerInnen vor, die ihrerseits für Demokratieabbau und die

Betonung „christlicher“ Werte stehen. Ein worst-off ihrer Politik: Ausbau der Überwachung, schrittweise Abschaffung des Asylrechtes und Einschränkungen beim Demonstrationsrecht. Kopftuch nein, aber Kreuz ja hat nichts mit „Neutralität“ zu tun, sondern mit der Bevorzugung einer Religion. Der Einfluss der katholischen Kirche in Schulen und Kinderbetreuung ist hierzulande enorm und wird durch Steuergelder stark subventioniert. Auch bei der Frage, wer wofür wahlkämpfen darf, ist man selektiv. Kurz selbst ist gerngesehener und häufiger Gast bei der bayrischen CSU, deren Propaganda von jener der AfD oft nicht zu unterscheiden ist. Trump, das saudische Königshaus und Putin gehö-

Pack schlägt sich, Pack verträgt sich

ren zu den Bündnispartnern eben dieser Erdogan-KritikerInnen.

Vielmehr geht es hier um eine Aufhohljagd bürgerlicher PolitikerInnen, die sehen, dass ihnen die Felle (konkret: die WählerInnen) in Richtung rechts-extreme Parteien davonschwimmen. Kurz & Co. setzen auf rechten Populismus in der Hoffnung, ein paar Stimmen von der FPÖ zurückzugewinnen. Der Wahlkampf in der Türkei und den Niederlanden zeigt, dass beide konservativ-bürgerlich-reaktionäre Seiten vom gegenseitigen Hick-Hack profitieren können. Der Rauschmiss von türkischen PolitikerInnen aus den Niederlanden nutzen Erdogan ebenso wie Rutte (oder eben Strache, Kurz, Kern etc.). Beide Seiten lenken die Aufmerksamkeit auf einen äußeren Feind und können im Inneren mit Kürzungen, Korruption und Demokratieabbau weitermachen. Jene Linke, GewerkschafterInnen und KurdInnen aber, die unter Erdogans Politik leiden und dagegen aktiv sind, werden durch Sobotkas Pläne kriminalisiert. Erdogan wird's freuen...

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW



„Joboffensive“? Eine Farce!

Unter dem Titel „Für Österreich“ stellte die rot-schwarze Bundesregierung im Jänner ihr aktualisiertes Arbeitsprogramm

für die Betroffenen, dass sie vom AMS einem „Sozialökonomischen Beschäftigungsbetrieb“ (SÖB) zugebucht werden, der sie an

Im Rahmen der „Beschäftigungsaktion 20.000“ stellt das neue Regierungsprogramm für derartige Angriffe auf (50+)-Arbeitslose zusätzliche 200 Millionen € zur Verfügung!

Auch eine Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen findet sich im aktuellen Programm. Die generelle „Mindestverfügbarkeit“ wird von 16 auf 20 Wochenstunden angehoben. Wer nicht länger als 16 Stunden arbeiten kann, kann Arbeitslose, Notstand oder Mindestsicherung verlieren. Das trifft z.B. AlleinerzieherInnen, haben doch manche Kindergärten zu kurze Öffnungszeiten.

Jobs werden so nicht geschaffen. Aber Hunderttausende werden schikaniert.

Alexander Svojtko

Wer Arbeitsplätze schaffen will, verkürzt die Arbeitszeit – statt Arbeitslose zu schikanieren.

vor. Es baut auf jenem von 2013 auf, und enthält weitere Maßnahmen gegen die konstant hohe Arbeitslosigkeit – doch die richten sich nur gegen die Arbeitslosen selbst. Zwei Beispiele:

Besonders ältere Langzeitarbeitslose geraten ins Visier: Schon 2013 wollte man für sie den „Zweiten Arbeitsmarkt“ ausbauen. In der Praxis bedeutet das

Unternehmen wie „Dyson“ oder „ISI“ weitergibt. Dort werden sie für maximal ein halbes Jahr 25 – 35 Wochenstunden beschäftigt. Böser Nebeneffekt: Wer danach wieder in die Arbeitslosigkeit rutscht, hat meist geringeres Arbeitslosengeld / Notstandshilfe als davor. Die Verweigerung wird mit der Streichung des Leistungsanspruchs bestraft.

Schutzbestimmungen oder Förderung der Unternehmen

Mit 1.1.2011 wurde der Kündigungsschutz für Menschen mit Behinderung weitgehend aufgehoben – mit der Behauptung, so die Erwerbstätigkeit in dieser Gruppe zu steigern. In einer Evaluierung heißt es: „[Es] scheint die Novelle am Einstellungsverhalten von DienstgeberInnen (noch) nicht die erhofften Veränderungen bewirkt zu haben“ (Sozialministerium, Juli 2013). Tatsächlich steigt der Anteil von arbeitslosen Menschen mit Behinderung!

Da ist wohl auch die Lockerung des Kündigungsschutzes ab 50+ wenig zielführend, um Ältere im ersten Arbeitsmarkt wieder dauerhaft zu verankern. Vielmehr profitieren davon die ArbeitgeberInnen, die „teure“ Ältere leichter loswerden oder die Erfahrung und Expertise oft langgedienter Fachleute zu einem Spottpreis absaugen können: immerhin werden bis zu 50 % der Lohnkosten aus den Mitteln des AMS refundiert.



Selbst die sinnloseste „Maßnahme“ ist „zumutbar“

Welcher Arbeitsplatz oder welche AMS-Maßnahme als „zumutbar“ gilt, wird vom Arbeitslosenversicherungsgesetz (ALVG) bestimmt. Und „zumutbar“ ist im großen Ganzen alles, was der „körperlichen Fähigkeit“ entspricht und keine „Gefährdung der Gesundheit oder Sittlichkeit“ darstellt. Das öffnet Schikanen seitens des AMS die Tür: So sollen arbeitslose PersonalchefInnen lernen, wie man einen Lebenslauf schreibt; gelernte InstallateureInnen stecken in Co-

achings über „gesunde Ernährung – Erfolg in der Arbeit“; studierte BiologInnen lässt man „Lebensbäume“ zeichnen.

Dadurch, so das AMS, „sollen Ihre Chancen am Arbeitsmarkt verbessert werden.“ Dazu passt, dass die TrainerInnen der diversen Einrichtungen wie „ibis-acam“, „Trendwerk“ etc. zumeist selbst nur prekär beschäftigt sind und alle halben Jahre um ihren eigenen Job bangen müssen.



Munter blüht die Korruption

„Es gilt die Unschuldsumutung“ – können wir nicht mehr hören. Was dutzende Untersuchungsausschüsse und

ner von vielen Skandalen, die wir in den letzten Jahren erlebten. Bei Telekom, Hypo, Buwog-Pri-

vatisierung, Lockerung und Ex-PolitikerInnen, Aufsichtsräten und Vorständen, BeraterInnen und LobbyistInnen, bezahlten ExpertInnen und

ca. 150 Millionen Euro). Nicht nur irgendein „schwarzes Schaf“, sondern einer der größten Rüstungskonzerne wird verdächtigt, mit Lobbyismus und Bestechung den Auftrag überhaupt erst an Land gezogen zu haben. Die Beziehung zwischen Konzernen, die nur auf ihre Profite schauen, und einer Politik, die den Interessen der Wirtschaft näher steht als den Bedürfnissen der Bevölkerung, führt also unweigerlich zu Korruption. Die „Entscheidungssträger“ entziehen sich jedweder demokratischen Kontrolle. Das ist das Wesen des Kapitalismus – kein Betriebsfehler, sondern Systemfehler.

Jan Millonig

Korruption ist kein Fehler im System. Das System ist der Fehler und gehört zum Kapitalismus.

Task-Forces der Justiz nicht schaffen festzustellen, ist sonnenklar: Die da oben bereichern sich permanent und wenn ihre Machenschaften auffliegen, können sie es sich richten und selten gibt es Konsequenzen. Wer es aber ausbaden muss, sind wir, die Mehrheit der SteuerzahlerInnen, KonsumentInnen und (betroffenen) Beschäftigten. Die neu aufgerollte Eurofighter-Affäre ist nur ei-

des Glücksspielmonopols & Co. wurden Millionen Schaden angerichtet und auch direkte negative Auswirkungen auf unser Leben. Die PolitikerInnen schieben sich gegenseitig (oder auch Toten wie Haider oder Außenseitern) die Schuld zu.

Tatsächlich hat Korruption aber strukturelle Ursachen. Es herrscht ein undurchdringbares Geflecht von PolitikerInnen

Medien. Es geht darum, politisch den besten Rahmen für die Wirtschaft und ihre Profite zu schaffen. Der unsinnige Eurofighter-Deal beinhaltete „Gegengeschäfte“. Um die Abfangjäger dem Wahlvolk besser verkaufen zu können, verschaffte EADS heimischen Unternehmen Zulieferaufträge. Das eröffnete einen Schmiergeld-Sumpf, der seinesgleichen sucht (Verdachtssumme:

Freunderlwirtschaft, Lobbyismus und Korruption

Neben Airbus gehören einige heimische Konzerne durch die „Gegengeschäfte“ zu den Profiteuren des Eurofighter-Deals: Stronachs Magna (verlangte in der Krise Gehaltsverzicht von 10% von den Beschäftigten) profitierte mit einem Auftragsvolumen von fast 350 Millionen, der LKW-Hersteller MAN mit fast 790 Millionen und der österreichische Flugzeugkomponentenhersteller FACC fasste 458 Millionen aus.

Die österreichischen Regierungen (regional wie national) wenden viel Geld für Inserate in Printmedien auf. 2016 kaufte man sich mit fast 19 Millionen Euro die Gunst der WählerInnen – oder eher die der Medien. Kerns neuer „Politstil“ war nicht lange zu spüren. Mitte 2016 reduzierten öffentliche Stellen ihre Anzeigenschaltungen, doch im letzten Quartal des Jahres vervielfachten sie ihre Ausgaben sogar.

„Transparency International“ bezifferte den Schaden durch Korruption in Österreich 2012 mit 27 Milliarden Euro. Das entspricht ungefähr den jährlichen Gesundheitsausgaben des öffentlichen Sektors. Die Spekulation mit Steuergeld und die Hypothekungen (ca. 20 Milliarden Gesamtschaden) sind hier an vorderster Stelle. 278 Lobbyisten sind im „Lobbyingregister“ eingetragen. Insider meinen, es sind eher 2.000.

Die städtische Verwaltung in Wien dient der SPÖ schon lange zum Postenschacher. Doch der Sumpf im Wohnungsbau stinkt besonders hervor: Untersuchungen zu möglicher Korruption bei Wohnungs- und Auftragsvergaben, Betrugsskandal durch Sanierungsunternehmen mit 65 Millionen Euro Schaden, kein Ausschreibungsverfahren beim Neubau der Zentrale, unrechtmäßige Überhöhung der Betriebskosten. Die Kosten tragen die MieterInnen.

Der rechte Rand

Bei einem Treffen der Identitären Bewegung (IB) im Allgäu wurden sechs Identitäre von AntifaschistInnen konfrontiert, flüchteten und vergaßen dabei ein internes Dokument. Dieses bestätigt, dass es sich bei der IB um „Alten Wein in neuen Schläuchen“ handelt.

Im Dokument schreiben sie über „taktische“ Fehler der alten Rechten und empfehlen, diese zu vermeiden. Die Ideologie bleibt unhelligt. Es wird erst gar nicht versucht, das Bild von harmlosen Patrioten zu zeichnen. Im Gegenteil: Im Dokument steht: „Die alte Rechte [...] ist kein vernünftiger Flügel des Spektrums, sondern nur eine ausgediente und unzulängliche Version der IB. Wir verrichten ihre Arbeit viel besser.“

Das Papier zeigt, dass sie eine Gruppe straff organisierter Überzeugungstäter aufbauen wollen. Das ist eine reale Gefahr für Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen. Diese Gewaltbereitschaft zeigt sich auch in der Warnung vor staatlichen Provokateuren, die „als Hypernationalsozialist in Erscheinung“ treten, versuchen, Identitäre für NS-Gruppen abzuwerben oder Waffen und Sprengstoff für Aktionen anbieten. Scheinbar attraktive Angebote für Leute in den Reihen der Identitären, wenn davor gewarnt werden muss.

Auch wie die Identitären „überzeugen“ wollen, kommt nicht vor. Vielmehr geht es um rhetorische „Tricks, um [Diskussionen] zu gewinnen“, um Design usw. Die Identitären wollen „den Mainstream durch [...] Aktivismus“ beeinflussen. Funktionieren tut das nicht, sie profitieren vom Aufstieg von FPÖ, AfD & Co. und machen v.a. heimliche Aktionen.

Moritz Bauer

Zum heurigen Weltfrauentag am 8. März wurde weltweit zu Frauenstreiks aufgerufen. So auch in Österreich. Doch was ist eigentlich ein Frauenstreik? Mit Bezug auf das historisch-mythologische Beispiel wird von manchen darunter ein „Sexstreik“ verstanden. Das Bestreiken der unbezahlten und v.a. von Frauen geleisteten Hausarbeit hat starke symbolische Wirkung, v.a. in der Partnerschaft. Die (ein) drucksvollste Form bleibt aber der Streik am Arbeitsplatz. Solche haben 1975 in Island und 1991 in der Schweiz stattgefunden. Dabei ging es den OrganisatorInnen um mehr Gleichheit, gerechtere

**Frisch gekämpft
ist halb gewonnen!**

Bezahlung und bessere Kinderbetreuung bzw. um gleiche Rechte für Mann und Frau.

Der heurige 8. März mit seinem Aufruf zum Frauenstreik war ein wichtiger Schritt in der Bewusstseinsbildung. Der Aufruf geht über Appelle, Pressekonferenzen und Stellungnahmen hinaus und fordert ein lautes und kämpferisches Zeichen. Das wurde noch nicht wirklich erreicht, weil dem Aufruf keine wirkliche Organisation folgte. Es wurde zwar dazu aufgerufen, nicht zu arbeiten, jedoch wurde den Frauen überlassen, wie sie das umsetzen. Also blieb es beim Hoffen auf wohlmeinende Chefs oder frau musste sich Urlaub nehmen. Damit das Ganze über eine bloße Symbolwirkung hinausgeht und wirklich etwas bewirkt, müsste der ÖGB das nächste Mal die Organisation übernehmen, damit alle Frauen, aber auch Männer in Solidarität, auf die Straßen gehen können, um für die Rechte von Frauen einzutreten – ohne Urlaubstag.

Thomas Hauer



Franz Neuhold,
Betriebsratsvorsitzender
im TMW

Skandal im Technischen Museum?

Wie 'derstandard.at' berichtet, ist im Technischen Museum Wien (TMW) die Aufsicht ausgegliedert.

Haus, der Auftragnehmer? ...Oder soll die Auslagerung überhaupt nur dazu dienen, die Personal-

drei Mio. €. Allein an Siwacht wurden 951.700 € bezahlt. Das ist fast ein Zehntel jener Gelder aus Steuermitteln, die an das TMW ausbezahlt wird (Siehe „Kulturbericht“ auf www.kunstkultur.bka.gv.at).

Wir fragten Franz Neuhold, Vorsitzender des Betriebsrates. Er bittet um Verständnis, zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht allzu viel sagen zu können, da auch er von der Veröffentlichung überrascht ist und viele Fragen zu klären sind: „Der Betriebsrat hat bereits vor Jahren auf eine Umstellung in diesem Bereich gedrängt. Wir erkannten, dass es sich um 'Überlassene Arbeitskräfte' handelt. Ausgangspunkt war die arbeitsrechtliche Situation der Beschäftig-

ten. Es darf keine 'KolegInnen zweiter Klasse' geben. Wir haben damals nicht angenommen, dass auch betriebswirtschaftlich das Argument auf unserer Seite liegen könnte.“

Seit längerem häufen sich Berichte aus den großen Museen, dass aufgrund zu geringer Gelder vom Ministerium „der Gürtel enger geschnallt werden muss“, das gilt wohl auch fürs TMW. Doch dieser „Sparzwang“ scheint nur dann zu gelten, wenn es zur Rechtfertigung sozialer Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen und Erwerbslose dienen soll. Was ist mit der großen Verantwortung und Umsicht von ManagerInnen, die ja meist auch fürstlich bezahlt werden?

Michael Gehmacher

*Dem neoliberalen Dogma
folgend soll „Ausgliederung“
Kosten sparen. Aber ist
das wirklich der Fall?*

Die Beschäftigten müssen um weniger Geld arbeiten, während Steuergeld zu einer privaten Security-Firma fließt. In einer parlamentarischen Anfrage von 2013 steht: „wenn Outsourcing ... tatsächlich billiger ist, stellt sich die Frage, auf wessen Kosten diese Einsparungen gehen und wer davon profitiert – die Arbeitnehmerin, das

kosten scheinbar gering zu halten und den beliebten betriebswirtschaftlichen Kniff anzuwenden, Personal als Sachaufwand zu verschleiern?“

Der Standard schreibt nun im Fall des TMW von „Mehrkosten in Höhe von einer Million Euro“! Laut damaliger Ministerin lag 2012 der Umfang des Outsourcing im TMW bei über



Sozial-„Partnerschaft“ nur wenn der Chef profitiert

Auch in Österreich gehen Unternehmen immer dreister gegen Gewerkschaften und Arbeitsrecht vor. Sowohl bei „Servus TV“ als auch bei der Drogerie-Kette „Müller“ mit 75 Filialen in Österreich wurde die Gründung eines Betriebsrates vom Management verhindert. Insgesamt werden nur 49% der Beschäftigten von einem Betriebsrat vertreten, obwohl ein solcher ab fünf ArbeitnehmerInnen gesetzlich vorgesehen ist.

Andererseits gaben 95% aller befragten Führungskräfte von Unternehmen mit Betriebsrat in einer Studie an, „großes Vertrauen“ in ihre Betriebsräte zu haben. In zahlreichen Betrieben sind Betriebsräte Teil der „Firmen-Kultur“ – sie sind entweder neutral und nicht aktiv auf der Seite der Beschäftigten oder im schlimmsten Fall aktiv auf der Seite der Chefs. Das Erbe der Sozialpartnerschaft führt dazu, dass Betriebsräte oft nach dem Prinzip

„gehts der Firma gut, kriegen wir auch ein bisschen ab“ agieren. Wenn die Maschinen immer schneller laufen, die Löhne hinter den Preisen herhinken, wenn die Zahl von prekären Jobs steigt – dann brauchen wir Betriebsräte, die in ihren Betrieben mobilisieren und den KollegInnen zeigen, dass wir nicht alles akzeptieren müssen. Und solche Betriebsräte wollen die Firmen gleich im Keim erstickten.

Stefan Gredler

Gemeinsam Jugendzentren retten!

In Linz wurden in den vergangenen Jahren bereits drei Jugendzentren geschlossen. Jetzt schließt die rot-blaue Stadtregierung auch noch das „Kandlheim“ und das Jugendzentrum „Riff“. 13 BetreuerInnen werden ‚abgebaut‘ die Öffnungszeiten in einigen andern JuZ gekürzt. Allein im Jahr 2015 hat der Trägerverein „Jugend und Freizeit“ 8.500 Jugendliche betreut. Die Stadtregierung schließt die Jugendzentren, während sie drei Vizebürgermeister beschäftigt, die der Stadt jeweils über 13.092,41 € pro Monat kosten. Würde man sich das sparen, könnten die Jugendzentren nicht nur erhalten, sondern gleich weiter ausgebaut werden. Auch könnten mit nur einem Viertel des Budgets der Linzer Stadtwache die Jugendzentren erhalten bleiben.

Um die Kürzungen zu verhindern, hat die SLP Linz gemeinsam mit betroffenen Jugendlichen und deren BetreuerInnen eine Kampagne gestartet. Bei dieser stellen wir bei Kundgebungen auch folgendes immer wieder klar: Die FPÖ ist nicht nur an den Kürzungen beteiligt, sie versucht sich zugleich zu profilieren, indem sie die Jugendzentren gegeneinander ausspielt und gegenüber

den Jugendlichen so tut, als wollen sie die Schließung ihres Jugendzentrums gar nicht. Nicht nur hat die FPÖ den Kürzungen im Stadtrat zweimal zugestimmt, es geht noch heuchlerischer: Die FPÖler spielen sich zugleich als Verteidiger des Riff auf, fordern aber einfach nur, dass halt Jugendzentren anderenorts geschlossen werden sollen.

Wir sagen, die Jugendzentren sollten sich miteinander solidarisieren, gemeinsam gegen den Kürzungswahnsinn ankämpfen und klarstellen, dass kein Jugendzentrum geschlossen werden darf. Wir unterstützen die betroffenen Jugendlichen dabei, die Kampagne für den Erhalt der Jugendzentren zu organisieren. Es gab bereits jeweils eine Kundgebung beim JuZ „Kandlheim“ und eine beim „Riff am Spallerhof“. Bei beiden Kundgebungen gab es viel positive Rückmeldungen von PassantInnen. Wir sammeln gemeinsam mit den Jugendlichen viele Unterschriften, hielten Redebeiträge und machten somit viele Anrainer auf das Thema aufmerksam. Jetzt gilt es, weiter Druck auf die Stadtregierung aufzubauen. Denn es ist möglich Kürzungen wie diese zu verhindern!

Lucia Pammer



Frauenkampftag 2017

International, aber auch in Österreich waren die Proteste dieses Jahr die größten und kämpferischsten seit langem. In Wien waren insgesamt über 1.000 Menschen auf der Straße.

allen rund 70 Müller Filialen zu machen. So kann besser auf die Arbeitssituation von vor allem Frauen im Handel hingewiesen werden, statt mit irgend-einer Pressekonferenz.“

merksam. Und in Salzburg beteiligten sich AktivistInnen nicht nur an der traditionellen Frauenkampftagsdemo, sondern organisierten auch einen Protest vor dem

SLP-AktivistInnen beteiligten sich in ganz Österreich an einem starken Frauenkampftag.

SLP-AktivistInnen beteiligten sich an verschiedensten Aktionen. Z.B. unterstützten wir die von der linken Initiative Aufbruch organisierte Kundgebung vor einer Wiener Müller Filiale. Sonja Grusch, SLP-Bundessprecherin, betonte in ihrer Rede „Ich würde mir von den Gewerkschaften erwarten, heute Proteste vor

Auch bei der Demonstration in Graz waren SLP-AktivistInnen Teil eines kämpferischen Aufbruch-Blocks mit dem Slogan „Frauen brauchen keine Rosen sondern gleiche Chancen“. In Linz machten wir durch Flyer und Demosprüche vor allem auf die frauenfeindliche Politik der Schwarz-Blauen Landesregierung auf-

russischen Konsulat, um gegen die frauenfeindliche Politik Putins zu protestieren.

Überall waren die Reaktionen sehr positiv. Das zeigt, dass auch in Österreich immer mehr genug von den leeren Versprechen haben und endlich echte Verbesserungen wollen.

Christoph Glanninger

Sozialistische LinksPartei goes Vöcklabruck

Als eine erste Antwort auf den ersten Stammtisch der faschistischen Identitären in Vöcklabruck (VB) am 18.2. formiert sich ein antifaschistisches Bündnis. Die SLP beteiligt sich daran und setzte sich nicht nur für Straßenaktivität ein, sondern betont auch, dass der Kampf gegen die Identitären mit Widerstand gegen die Kürzungspolitik und den Rassismus der Regierung verbunden werden muss.

Deshalb haben wir uns auch beim ersten Treffen der SLP in VB damit beschäftigt, wie der Aufstieg der Identitären mit dem allgemeinen Rechtsruck in Österreich zusammenhängt. Die Diskussion unter den 17 TeilnehmerInnen hat gezeigt, dass es auch in VB ein großes Interesse an linken Ideen gibt. Darum wird die SLP natürlich auch weiter in VB gegen die Identitären und für den Aufbau einer sozialistischen Alternative aktiv sein.



Termin des Monats



Vöcklabruck: Eine Welt zu gewinnen!

Bei unserer Veranstaltungsreihe diskutieren wir, wie wir gegen den Wahnsinn des Kapitalismus kämpfen können, und was wir aus der Vergangenheit lernen können. Den Auftakt macht Vöcklabruck: Hier behandeln wir u.a. den Widerstand gegen Rechts vom Weißen Haus bis ins Salzkammergut und die neue globale Welle an Frauenprotesten. Und die Frage, was eine Revolution eigentlich ist.

22.4. in Vöcklabruck,

(Kinderfreunde – Franz Schubert Straße 23/2)

Genaue Infos: www.slp.at bzw. FB Eine Welt zu gewinnen

Trumps Kabinett aus VertreterInnen der Wirtschaft ist das reichste in der US-Geschichte. Doch nicht nur in den USA sind Politik und Privatwirtschaft eng verflochten. In Österreich wechseln Ex-PolitikerInnen gerne nach ihrer Amtszeit in die Privatwirtschaft z.B. in Vorstände oder Aufsichtsräte. An Korruption und Interessenskonflikte ist dabei gar nicht zu denken! Werner Faymann (Ex-Kanzler & Wohnbaustadtrat) findet sich nun im Immobilienbusiness wieder, Josef Ostermayer (Ex-Kanzleramtsminister) wurde Aufsichtsrat der Sozialbau AG, Sonja Wehsely (Ex-Gesundheits- / Sozialstadträtin) übernimmt

Rote Seitenblicke

ab 1. April eine Führungsposition bei Siemens Healthcare GmbH. Um die Hypo-Pleite herum wurden von Anwaltskanzleien einige ÖVPLer als Berater angestellt, um Lobbying zu betreiben und die Interessen der großen Gläubiger zu pushen. Susanne Riess-Passer (Ex-FPÖ-Bundesparteiobfrau & Vizekanzlerin) wurde Generaldirektorin der Ö-Wüstenrot-Gruppe, und seit 2014 ist sie im Aufsichtsrat der Ö-Industrieholding-AG. Das ist aber nur die Spitze des Eisbergs! Es geht nicht nur um einzelne PolitikerInnen, sondern um das grundlegende Problem. Kapitalistische PolitikerInnen sind VertreterInnen der herrschenden Klasse und ihrer Interessen. Die Politik, die sie machen, dient daher letztlich v.a. der Profiterhaltung und -vermehrung für KapitalistInnen. Und Freunde lassen einander nicht im Stich. Ist die Amtszeit vorüber, kriegt man für die guten Dienste einen Platz in der Wirtschaft und kann das Ganze nun von der anderen Seite fortsetzen.

Nikita Tarasov



Die Kunst der Russischen Revolution

Die Russische Revolution brachte auch in Kunst und Kultur große Veränderungen. Im Zarenreich war die Kunst ein Privileg der herrschenden Klas-

se durch Bildungsprogramme für die Massen auch ihr Publikum aus. In den 20ern wurde die junge Sowjetunion zu einem Mittelpunkt moder-

schen KunstproduzentenInnen- und konsumentenInnen aufgehoben, allen der Weg zur künstlerischen Produktion geöffnet werden.

KünstlerInnen vor, in konventionellen Formen einerseits konservative Werte wie Mutterschaft und Nation zu verherrlichen, andererseits eine für die ferne Zukunft versprochene glänzende sozialistische Gesellschaftsordnung als jetzt schon verwirklicht darzustellen und alle Nöte der sozialen Wirklichkeit auszublenden. Loyale StaatskünstlerInnen gaben nun den Ton an, die Massen blieben im Staat und in der Kunst von der Mitwirkung ausgeschlossen. Die Rückkehr bürgerlicher Werte in der stalinistischen Kultur und Gesellschaft spiegelt sich auch in diesen an die vorrevolutionäre Kunst erinnernden Werken.

Fabian Lehr

Vom stürmischen Aufbruch zur stalinistischen Erstarrung.

sen gewesen, während die von Bildung ausgeschlossenen Massen kaum Zugang zu ihr hatten. So trug die Kunst vor 1917 einen entweder konservativen oder elitären, sich nur an eine kleine bürgerliche Avantgarde richtenden Charakter. Die Revolution zerbrach nicht nur die Schranken, die der Kunst bisher durch die zaristische Zensur gesetzt waren, sondern weite-

ner Kunst – Majakowski in der Literatur, Schostakowitsch in der Musik, Eisenstein im Film oder Malewitsch in der Malerei stehen für diese Aufbruchstimmung. Der Staat förderte durch den Aufbau öffentlicher Bibliotheken, durch Ausstellungen, Konzerte und Filmvorführungen für ArbeiterInnen deren Verbreitung. Und schließlich sollte die Trennung zwi-

Aber mit der Machtübernahme durch die stalinistische Bürokratie und der Ausschaltung der alten Parteistrukturen setzte auch hier ein schroffer Umschwung ein. Passend zu den gesellschaftlich konservativen Tendenzen des Stalinismus wurde der sogenannte "Sozialistische Realismus" autoritär durchgesetzt. Er war weder sozialistisch noch realistisch und schrieb

Vienna spielt um den Aufstieg und steigt ab!

Seit dem Abstieg 2014 in die Regionalliga hat die Vienna nicht mehr so gut gespielt wie diese Saison. Der Aufstieg in die „Erste Liga“ (2. Spielklasse) ist in Griffweite. Und trotzdem wird die Vienna zu Saisonende in die Wiener-Liga oder noch tiefer absteigen. Verantwortlich dafür: der kapitalistische Irrsinn. Die Clubs in den oberen Ligen werden als Unternehmen geführt. Und in den unteren Ligen treten sich ehemalige Traditionsvereine bei

der Sponsorensuche gegenseitig auf die Füße und müssen nehmen was da kommt. Kaum zu glauben, aber der 6-fache Meister und älteste Fußballverein Österreichs mit dem einst größten Stadion Europas (für 80.000 Menschen) war von einem einzigen Mäzen abhängig. Der hat Geld durch die Stromliberalisierung gemacht und ist im Jänner überraschend gestorben. Und so ist die Vienna pleite. Am 6. März wurde das Sanierungsverfahren am Han-

delsgericht eröffnet und die Vienna steigt damit ab.

Die Politik betont dauernd die Wichtigkeit von Sport und sozialem Engagement. Gerade kleine Vereine holen Kids von der Straße. Warum dann diese permanenten Demütigungen und Buckeln vor potentiellen Geldgebern? Wenn Banken gerettet werden, die nichts dergleichen für uns tun, warum dann nicht auch die Vienna?

Albert Kropf



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Profitgier bis zur Katastrophe!

Umweltverschmutzung bis hin zur Zerstörung gehört im kapitalistischen System zum Alltag. In Graz werden für das Murkraftwerk hunderte Bäume gefällt und das Ökosystem der Mur für ein komplett unsinniges Wasserkraftwerk geopfert. Konzerne wie Monsanto und Syngenta verseuchen die Umwelt mit ihren Pestiziden. Glyphosphat wird weltweit als meist verwendetes Pestizid eingesetzt, obwohl in immer mehr Studien seine krebserre-

sowie einer Vielzahl neuer Fälle von chronischer Bronchitis.

Um Profite zu sichern, setzen Großkonzerne Natur und Menschheit tödlichen Gefahren aus. Zum Beispiel explodierte 2010 die von der Schweizer Firma Transocean für BP betriebene Ölstation für höchst riskante Tiefseebohrungen. Drei Monate lang konnte der Ölaustritt nicht gestoppt werden. Insgesamt strömten 780 Millionen Liter Rohöl ins Meer. Obwohl die da-

die sich aktuell rund um den Tschadsee abspielt und die Länder Nigeria, Tschad, Niger und Kamerun erfasst, steht sinnbildlich für die Schrecken des Klimawandels. Seit 1960 ist seine Wasseroberfläche von 25.000 auf 1.300 Quadratkilometer geschrumpft. Die Folgen: Laut World Food Programme sind 1,8 Millionen Menschen vom Verhungern bedroht. Bei weiteren 7,1 Millionen ist die Nahrungsversorgung unsicher. 2015 wurden welt-

trischer Energie wird oft zynischerweise die Kernenergie als „saubere“ Alternative vorgeschoben. Das ist Unsinn. Kernenergie ist aus einer Reihe anderer triftiger Gründe abzulehnen. Leider bestehen trotz der noch frischen Erfahrung aus der Katastrophe von Fukushima 2011 bedrohliche Tendenzen der Ausweitung des nuklearen Kraftwerk-Parks. Weltweit planen 30 weitere Staaten, in die Nutzung von Kernenergie einzusteigen.

mit umweltschädlichen Praktiken Milliarden Gewinn machen und daher nicht einmal einen Hauch an Interesse zeigen, die Umweltzerstörung aufzuhalten, müssen Millionen verseuchtes Wasser trinken, oder infolge des Klimawandels verhungern. ArbeiterInnen sind in erster Linie von Feinstaubbelastung betroffen, da sie es sich nicht einfach leisten können, in weniger belastete Gegenden umzuziehen. Diejenigen, die sich keine hochpreisigen Qualitätsnahrungsmittel leisten können, sind als erste von der Verunreinigung von Nahrung betroffen. Moderne Technologie würde es längst ermöglichen, die Umweltverschmutzung in entscheidendem Ausmaß zu reduzieren. Doch dies steht im Gegensatz zu kapitalistischen Profitinteressen. Ein Kampf gegen Umweltverschmutzung und – auch wenn es pathetisch klingen mag – für die Zukunft der Menschheit bedeutet daher den Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Lukas Kastner

Umweltzerstörung ist die Folge der kapitalistischen Wirtschaftsweise.

gende Wirkung nachgewiesen wurde. Dadurch gelangt es in den Boden, ins Wasser und in unsere Nahrungsmittel. Konzerne wie VW fälschen die Abgaswerte ihrer Autos. An der Verschmutzung der Luft sterben weltweit insgesamt 5,5 Millionen Menschen pro Jahr. Allein in der EU führen die Emissionen der Kohlekraftwerke zu tausenden vorzeitigen Todesfällen

bei eingesetzten Chemikalien in das Grundwasser eindringen und nicht wieder zu behebende Schäden verursachen können, soll mit Fracking die Gewinnung fossiler Brennstoffe noch gesteigert werden. Und über allem hängt die Zeitbombe des menschengemachten Klimawandels, der bereits für millionenfaches Leid und unzählige Tote verantwortlich ist. Die Katastrophe,

weit 19,2 Millionen Binnenflüchtlinge, welche vor Umweltkatastrophen flüchteten, gezählt. Die Zahl derjenigen, die insgesamt vor Umweltverschmutzung flüchten, – auch wenn keine exakten Zahlen vorliegen – liegt noch weit darüber.

Obwohl die Probleme und die Bedrohung längst bekannt sind, steigen die CO2 Emissionen weltweit. Bei der Produktion elek-

Für SozialistInnen muss der Kampf gegen Umweltverschmutzung und –zerstörung an vorderster Stelle stehen. Und auch beim Thema Umwelt zeigen sich die sozialen Unterschiede. Zwar trifft die Umweltverschmutzung alle Menschen in der einen oder anderen Form. Doch sind es ArbeiterInnen und Arme, die die Folgen am härtesten spüren. Während Konzerne

Tote durch Feinstaubbelastung nach Weltbank-Einkommensregionen auf 100.000 EinwohnerInnen pro Jahr



Kapitalismus und Umweltzerstörung

- Umweltverschmutzung ist verantwortlich für ein Viertel aller Todesfälle weltweit – etwa 12,6 Millionen Menschen pro Jahr. Davon 1,7 Millionen Kinder unter 5 Jahren. Besonders betroffen sind Regionen, die unter (neo)kolonialer Ausbeutung leiden
- Umweltfaktoren wie Luft- und Wasserverschmutzung, Strahlung und Klimawandel haben Anteil an über 100 Krankheiten und Todesursachen wie Herzfehler oder Krebs.
- 10% der weltweiten Krankheitsfälle könnten durch Maßnahmen gegen Wasserverschmutzung verhindert werden.
- Während ein Neuntel der Menschheit unterernährt ist, wird die Hälfte aller produzierten Lebensmittel (2 Milliarden Tonnen pro Jahr) weggeworfen, weil sie nicht profitabel verkauft werden können.
- Laut einer 2017 veröffentlichten Studie könnte der Meeresspiegel noch in diesem Jahrhundert um bis zu 2,5 Meter ansteigen. In diesem worst case scenario würden die halben Niederlande inklusive Amsterdam, sowie Hamburg und Bremerhaven, die Küsten Norditaliens mit Venedig und Pisa, das Nildelta und Alexandria, das südliche Vietnam, Kalkutta, Bangkok und die Megastädte der Guangdong-Region Chinas (alleine ca. 30 Millionen EinwohnerInnen) unter Wasser stehen.
- Die kapitalistische Wirtschaft – die Produktion fossiler Energie, Industrie, Warentransport und Landwirtschaft – ist verantwortlich für 84% der produzierten Treibhausgase. Haushalte und öffentliche Einrichtungen dagegen nur für 6%.
- Bei der Förderung von Erdöl werden jährlich ca. 150 Milliarden Kubikmeter Erdgas „abgefackelt“. Dieses Gas tritt bei Ölbohrungen auf, wird jedoch nicht aufbereitet und transportiert, weil der Profit daraus zu gering wäre. Stattdessen wird anderswo, etwa am Meeresgrund extra nach Gas gebohrt, während die Gasfackeln ganze Regionen wie das Nigerdelta verpesten.

Quellen: WHO, World Food Programme, Institution of Mechanical Engineers, National Oceanic and Atmospheric Administration, Environmental Protection Agency USA, Der Spiegel

Kapitalismus tötet Umwelt

Ein Hitzerekord jagt in den weltweiten Klimastatistiken den nächsten. Schon jetzt sind die Folgen des Klimawandels unumkehrbar. Wie verheerend die Auswirkungen werden, hängt davon ab, wie stark der CO₂-Ausstoß in den nächsten 30 Jahren reduziert

im Kapitalismus zur Ware, unabhängig davon was z.B. die Verbrennung der Ware Braunkohle für die Umwelt bedeutet. Das Problem ist also nicht, dass einzelne UnternehmerInnen ihrem Gewissen nicht nachkommen oder KonsumentInnen nicht bewusst genug

ne Umweltauflagen ab: das gilt für Trump ebenso wie die FPÖ oder Kern. Institutionen wie der Weltklimarat (IPCC) liefern durch die koordinierte Arbeit tausender KlimaforscherInnen unumstößliche Belege dafür, dass nur ein radikaler Bruch mit dem bisherigen Wirtschaftssystem eine nachhaltige Wirkung haben kann. Allerdings bleiben alle Appelle und Bekenntnisse der diversen internationalen Gipfel zahnlos.

Gerade in Krisenzeiten darf Umweltschutz nichts kosten. Man versucht uns daher diverse marktorientierte und damit zahnlose Methoden als Lösungen zu verkaufen. Z.B. hat 2003 die EU im Zuge der Kyoto-Auflagen den Handel mit Emissionsrechten beschlossen. Rasch sind 95% dieser Rechte von den größten industriellen Verschmutzern gekauft worden, zu einem viel zu niedrigen Preis. Die CO₂-Emissionen steigen noch immer, aber die Wirtschaft hat ein neues Spekulationsobjekt.

Die angebliche Besorgnis über den Klimawandel durch politische Eliten hat v.a. die Unabhängigkeit der nationalen Wirtschaft von der Instabilität der erdölfördernden Regionen zum Ziel (wie beim Fracking-Boom in den USA).

Die zuweilen vorgeschlagene Privatisierung von Umweltressourcen würde mehr zur weiteren Profitmaximierung, als zum Klimaschutz beitragen. Angenommen man würde die Stratosphäre privatisieren – wie sollen Milliarden Betroffene vom Eigen-

Umweltzerstörung liegt im Wesen des Kapitalismus.

wird. Längst geht es nicht mehr um die Verhinderung des Klimawandels. Allein seine schlimmsten Folgen könnten – und nur auf Basis eines recht raschen „system change“ – abgewendet werden.

Warum folgen nach all den Klimakonferenzen keine wirksamen Schritte? Warum nehmen die Smogwerte in den globalen Großstädten zu? Warum müssen die Menschen, die in die evakuierten Gebiete um Fukushima vom Staat zurückgedrängt werden, ein erhöhtes Krebsrisiko in Kauf nehmen? Die Ursache dafür liegt im herrschenden Wirtschaftssystem – dem Kapitalismus. Da gibt es starke Lobbies z.B. von Energiekonzernen, die weiter auf fossile und nukleare Energie setzen. Ihr politischer Einfluss ist enorm. Doch die Erklärung in unvernünftigen oder gierigen KapitalistInnen zu suchen greift zu kurz. Es sind die Wirkungsweisen, Zwänge und Notwendigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise, die die Ausbeutung von Mensch und Natur bis hin zur Zerstörung notwendig macht. Alles wird

einkaufen. Im Kapitalismus herrscht Konkurrenz um beschränkte Märkte und Ressourcen. Wer billiger produziert, kann im Wettbewerb überleben. Zwischen diesem Überlebenskampf der Unternehmen und dem Interesse der ArbeiterInnen an einer intakten Umwelt liegen keine Schnittpunkte. Zwar wurde rund um das Umweltthema ein zusätzlicher Markt geschaffen, doch stellt dieser nur eine Schiene dar, neben der die umweltzerstörerische Produktion ungehindert weiter geht. China ist Weltmarktführer bei erneuerbaren Energien, verursacht aber gleichzeitig als Folge der gigantischen Industrie derzeit etwas mehr als ein Viertel des globalen jährlichen fossilen CO₂-Ausstoßes.

Für Unternehmen, die sich nicht daran beteiligen, ist schon in Aufschwungszeiten kaum Platz. In Krisenzeiten und in den meisten Regionen der Welt aber ist der Kapitalismus auf seine nackte Brutalität reduziert. Die Regierungen der einzelnen Länder bauen im Interesse der jeweiligen nationalen Konzer-



tümer Wiedergutmachung fordern, wenn diese verschmutzt wird?

Auch das rauf- und runtergebetete Mantra, individuelle Kaufentscheidungen würden Firmen zum Umdenken zwingen, bietet keine Lösung. Menschen, die sich nachhaltigere Produkte leisten können, sind im globalen Maßstab in der Minderheit.

Wirksame Lösungen brauchen starke staatliche

ken. Das ist nur durch demokratische Planung der Wirtschaft möglich. Indem das Eigentum an den Produktionsmitteln, also den Unternehmen, Fabriken etc. nicht mehr bei wenigen, sondern bei allen liegt, können bisher verschwendete Ressourcen, etwa im Rüstungssektor nutzbar gemacht werden, um diese z.B. für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs einzusetzen. Durch das stan-

sind möglich und können einen wichtigen Beitrag auch für eine saubere und gesunde Umwelt schaffen. Durch den Einsatz von bisher nicht investierten Mitteln im Besitz der großen internationalen Konzerne und der Rüstungsindustrie sind Forschung und Einsatz neuer Technologien auf wesentlich breiterer Ebene als heute möglich.

Alle diese Schritte sind notwendig, aber nur ohne den Kapitalismus mach- und planbar. Viele Schäden, wie die hohen Luftverschmutzungswerte in Städten können vergleichbar schnell beseitigt werden. Andere, z.B. die Auslöschung vieler Ökosysteme, werden auch auf lange nicht absehbare Zeit bestehen.

Selbst unter sozialistischen Bedingungen können wir den Klimawandel nicht mehr stoppen. Dramatische Änderungen, die sich in kommenden Jahrzehnten erst sichtbar auswirken werden (v.a. bezüglich Wind- und Wettermuster, Änderungen von Ozeanströmungen mit weitreichenden und teils unabsehbaren Konsequenzen, Meeresspiegelanstieg ...), können, wenn überhaupt, nur im Rahmen einer geplanten und vollauf demokratischen Gesellschaftsordnung halbwegs bewältigt werden. Unter den Bedingungen des chaotischen Kapitalismus wird jede Folgewirkung des Klimawandels unausweichlich und direkt mehr Krieg, Massenflucht und Kampf ums nackte Überleben bringen.

Stefan Reifberger

„Es ist ein Betrug, ... nur Versprechen“

James Hansen, Klimaforscher, zum Gipfel in Paris

Eingriffe, und zwar durch Regierungen, die nicht die VertreterInnen von Unternehmensinteressen sind. Die Maßnahmen einer solchen umwelt- und damit menschenfreundlichen Regierung müssten der kapitalistischen Profitlogik widersprechen und nicht versuchen, diese zu benützen. Dass die „grünen“ Parteien dazu nicht bereit sind, ist offensichtlich. Widerstand verbunden mit einem sozialistischen Programm wird aber der einzige Weg sein, die durch den Kapitalismus geschaffenen Umweltprobleme zu lösen.

Erneuerbare Energieträger und ihre technische Umsetzung existieren in ausreichendem Maße (Wind, Photovoltaik, thermische Solarzellen, Wasserkraft, Biomasse, Erdwärme). Unterliegen Entscheidungen der Profitlogik, wird kein von einer Regierung getätigter Anreiz den Wechsel mit der notwendigen Geschwindigkeit bewir-

keinsten Installieren von Solarzellen auf allen neu gebauten Wohnungen können Kohle-, Gas-, und Kernkraftwerke schrittweise in ein bis zwei Jahrzehnten abgebaut werden. Nebenefekte des Kapitalismus, wie geplante Obsoleszenz (geringere Lebensdauer von Waren) und der Zyklus aus Auf- und Abbau von Industrie, durch den kapitalistischen Krisenzyklus, verschwinden. Durch genaue Planung von Produktion innerhalb von Konzernen und fortgeschrittene Marktforschungsmethoden hat der Kapitalismus bereits Werkzeuge geschaffen, mit denen in einer sozialistischen Wirtschaft effizient für Bedürfnisse produziert werden kann. Wenn der Reichtum der Welt für alle da ist und alle Menschen Zugang zu Bildung haben, wird das enorme Potential von Milliarden Hirnen endlich genutzt werden können. Wissenschaftliche Neuerungen, die wir uns heute gar nicht vorstellen können,



Marx aktuell

Es ist gerade die ArbeiterInnenklasse, die am meisten unter der kapitalistischen Zerstörung der Umwelt leiden muss. KapitalistInnen können es sich leisten, z.B. dem Smog oder vielen Folgen der globalen Erwärmung zu entfliehen.

Die lohnabhängige Mehrheit der Weltbevölkerung ist jedoch der Umweltzerstörung und ihren gesundheitlichen Folgen beinahe schutzlos ausgeliefert. Verknappung natürlicher Ressourcen stellt für Werktätige, Land- und Besitzlose in ärmeren Staaten bereits eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben dar. Schon Marx und Engels erkannten die Wichtigkeit der Umweltfrage. So schrieb Engels 1876: „Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen [...] sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn [...]“ („Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“)

Umweltschutz ist Politik für ArbeiterInnen

Dennoch wird MarxistInnen oft vorgeworfen, sie würden die Umweltfrage ignorieren oder unterbewerten. Der Marxismus sei fortschrittsgläubig und wachstumsfanatisch. Dieser Vorwurf speist sich hauptsächlich aus der Umweltpolitik des Stalinismus und der zweiten reformistischen Strömung, der Sozialdemokratie. Die Führung beider Strömungen orientierte sich mehr an den Interessen der jeweils Herrschenden als an jenen der ArbeiterInnenklasse. Als aber die ArbeiterInnenklasse Russlands vor beinahe 100 Jahren unter den marxistischen Bolschewiki die Macht übernahm, revolutionierte sie auch die Umweltpolitik. Erstmals wurden Naturschutzgebiete geschaffen. Die Forschung im Umweltbereich wurde massiv gefördert, im ganzen Land entstanden unabhängige Umweltorganisationen. Das endete schnell, als Stalin und seine Bande die Macht übernahmen: Die stalinistische Bürokratie hob Umweltschutzmaßnahmen auf und ermordete kritische UmweltwissenschaftlerInnen. Mangels demokratischer Mitbestimmung kam es unweigerlich zu Planungsfehlern. So wurden bei der Planung örtliche geografische Unterschiede oft kaum berücksichtigt. Die Folge dieser autoritären Politik war eine unglaubliche Verschwendung natürlicher Ressourcen. Der Stalinismus reagierte auf solche Schwierigkeiten mit immer riskanteren und noch umweltschädlicheren Megaprojekten. Das ging so weit, dass die Bürokratie einige der folgenreichsten Umweltkatastrophen zu verantworten hatte – etwa den Super-GAU in Tschernobyl.

Eine demokratische Planwirtschaft aber ist notwendige Grundlage einer umweltfreundlichen Wirtschaft. Denn die Kurzsichtigkeit und Krisenanfälligkeit des „freien“ Marktes verhindert bzw. verzögert den Einsatz neuer, umweltfreundlicher Technologien.

Marxistische Umweltpolitik unterscheidet sich sowohl vom Kapitalismus, in dem die Umwelt der Profitmaximierung und der Idee des freien Marktes geopfert wird, als auch vom Stalinismus, in dem Planungsfehler Umweltzerstörung in großem Ausmaß unumgänglich machen und die Natur aus ideologischen Gründen jeden Wert verliert. MarxistInnen stehen für eine Gesellschaft, in der die Wirtschaft den Interessen der Menschen dient und von diesen demokratisch kontrolliert wird. Die sinnlose und kurzsichtige Vergeudung unserer natürlichen Ressourcen und die Gefährdung der Gesundheit von Milliarden Menschen durch Umweltzerstörung hätten in so einer sozialistischen Planwirtschaft keinen Platz.

Manuel Schwaiger



Für Nachhaltigkeit! Auch bei Jobs!

Von Teilen der herrschenden Klasse wird gern ein Widerspruch zwischen Umweltschutz und Arbeitsplätzen konstruiert. Trump behauptet, dass „wir Regulierungen für den Umweltschutz beibehalten können, aber nicht viele, denn sie schaden der Wirtschaft“. Im Regierungsabkommen der oberösterreichischen Landesre-

ren gehen. Auch in Graz unterstützen ÖGB und Arbeiterkammer den Bau des Murkraftwerks. Und die Gewerkschaft Vida erhofft sich Jobs vom ökologisch mehr als umstrittenen Megaprojekt 3. Landepiste am Flughafen Schwechat. Die Angst vor Jobverlust ist verständlich, doch der Schulterchluss mit der Industrie schafft mittel- bis lang-

von den Folgen des Klimawandels betroffen. Die herrschende Klasse hat die finanziellen Möglichkeiten, vor den Folgen der Klimaerwärmung zu fliehen oder sich gesundheitlich zu schützen. Für die Organisationen der ArbeiterInnenklasse, für sozialistische Parteien und Gewerkschaften, wird die Frage von Umwelt-

te mit einem regionalen Massenstreik.

Solche kämpferischen Kampagnen der Gewerkschaft braucht es mehr. So z.B. auch in Graz. In der steirischen Landeshauptstadt sind seit Wochen die Proteste gegen das Murkraftwerk das bestimmende Thema. Dieses Kraftwerk richtet großen Schaden an der Umwelt an und verschlingt Millionen. Schon mehrmals sind tausende Menschen dagegen auf die Straße gegangen und es kam auch zu Besetzungen der Baustelle.

Von den Spitzen aus Politik und Wirtschaft wird behauptet, dass durch den Bau des Murkraftwerks über 1.000 Arbeitsplätze geschaffen würden. Selbst wenn das stimmen sollte, so sind diese Arbeitsplätze nicht dauerhaft. Sobald der Bau beendet ist, gehen sie verloren. Mittelfristig könnten sich die Arbeitsbedingungen für die KollegInnen bei der „Energie Steiermark“, dem Unternehmen, das hinter diesem Projekt steht, sogar noch verschlechtern. Das Kraftwerk reißt eine große Lücke in das Budget des Unternehmens. Solche Lücken werden gerne durch Entlassungen, Lohnkürzungen und Erhöhung der Arbeitszeit geschlossen.

Die Unterstützung der Gewerkschaft für das Murkraftwerk ist daher kurzsichtig. Stattdessen sollte die Gewerkschaft eine kämpferische Kampagne gegen das Murkraftwerk starten, die klar macht, dass Umweltschutz ein Thema ist, das auch ArbeiterInnen betrifft. Stellen wir uns vor, dass die Gewerkschaft in den Grazer Betrieben für die Demonstrationen gegen das Murkraftwerk mobilisiert und die Baustelle nicht besetzt, sondern bestreikt wird. Ein Anfang könnte sein, dass der ÖGB auf der nächsten Demonstration einen eigenen Block organisiert. Die Gewerkschaft hätte die Kraft dazu, eine solche Kampagne auf die Beine zu stellen, doch dafür müssen wir von der Basis aus Druck auf sie ausüben. In Stuttgart und im Susa-Tal unterstützte die Gewerkschaft die Proteste, da ihre Mitglieder zu Tausenden in der Bewegung aktiv waren. Der Bau von Stuttgart 21 wirkt sich auch negativ auf die KollegInnen der Bahn aus. Sie drängten darauf, dass ihre Gewerkschaft aktiv dagegen wird. Gleiches gilt auch für Österreich. Der ÖGB ist unsere Kampforganisation, wir müssen sie uns nur zurückholen.

Nicolas Prettnner

Umweltschutz und soziale Forderungen schließen einander nicht aus, sondern ergänzen sich sogar.

gierung steht: „In diesem Sinne bekennen wir uns zu einer umsichtigen Umweltpolitik, welche auf die Bedürfnisse des Wirtschaftsstandortes Rücksicht nimmt und diesen nicht über Gebühr behindert.“ Wenn sie von „Wirtschaft“ sprechen, meinen sie Profite, sagen aber „Jobs“. Und in Zeiten von Rekordarbeitslosigkeit fühlen sich viele angesprochen. So sammeln einige deutsche Teilgewerkschaften Unterschriften gegen die Klimaziele der Bundesregierung. Der Grund? Um die Klimaziele zu erreichen, sollen in Deutschland Kohlekraftwerke geschlossen werden. Die Gewerkschaft fürchtet, dass dadurch Jobs verlo-

fristig keine Jobs, sondern vernichtet diese sogar.

Tatsächlich sind Umweltschutz und die Schaffung von Arbeitsplätzen nichts, was sich widerspricht. So könnten z.B. durch den großflächigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs tausende dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen werden und der Umwelt wäre auch geholfen. Für die Herrschenden sind aber weder die Umwelt, noch unsere Arbeitsplätze vorrangig. An erster Stelle steht für sie einzig und allein der Profit.

Dabei ist die Umweltfrage eine Klassenfrage. Denn weltweit sind v.a. ArbeiterInnen, KleinbäuerInnen und Arme

schutz immer mehr zur Überlebensfrage.

Auch diese Erkenntnis findet sich in den Reihen der Gewerkschaften: So haben in Deutschland die meisten Gewerkschaften Beschlüsse gegen das teure und unnötige Großbauprojekt Stuttgart 21 verabschiedet. VertreterInnen von Gewerkschaften redeten auf Demonstrationen. AktivistInnen gegen Stuttgart 21 hatten sich auch mit dem Streik im Einzelhandel solidarisiert und zusammen mit den KollegInnen Streikposten organisiert. Im italienischen Susa-Tal gab es eine kämpferische Bewegung gegen eine Hochgeschwindigkeitstrasse. Die Gewerkschaft unterstützte die Protes-

Besser Studieren & Weltrevolution

Die Plakatständer stehen, und vor der Uni wird man mit Goodies überschwemmt – Von 16.-18.5. sind ÖH-Wahlen. Der Uni-Alltag: Überfüllte Hörsäle, administratives Chaos und überforderte Lehrende. Stress und brutaler Leistungsdruck an vielen Lehrgängen inspirierte zuletzt sogar eine österreichische „Tatort“-Folge. Regierung und Administrationen führen schleichend überall Verschlechterungen ein.

Dagegen haben die großen, sich links positionierenden Fraktionen, VSSTÖ und GRAS, viel zu wenig unternommen. Von der AG, dem RFS und den Junos kommt der Vorwurf, die linken ÖH-Fraktionen würde nur „Randgruppen“ fördern und sich im linken Elfenbeinturm verschanzen. Die AG plakatiert sogar: „Wir kämpfen für bessere Studienbedingungen, nicht für die Weltrevolution“.

Nun droht die Regierung mit der verallgemeinerten Einführung von Zugangsbeschränkungen. Mangels einer zugänglichen und ernsthaften linken Perspektive hoffen viele Studierende, dass Maßnahmen wie Zugangsbeschränkungen das Uni-Leben etwas erträglicher machen.

Nicht, dass die linken Fraktionen sich „zu viel“ für unterdrückte Gruppen

oder gar die Weltrevolution einsetzen würden, ist das Problem – sondern dass sie eben keinen konsequenten Kampf für bessere Studienbedingungen für alle führen.

Bei den letzten ÖH-Wahlen wählten nur knapp 26%. Die Wahlen sind nicht das zentrale Feld des politischen Kampfes an der Uni. Trotzdem macht es Sinn, an der eigenen Uni die jeweils kämpferischste Liste zu wählen. Meist wird das der KSV sein. Die GRAS-Spaltung Grüne Studierende wird man an ihren Taten messen. Entscheidend ist aber, eine Bewegung gegen den Abwärtsstrudel aus schlechten Bedingungen und Kürzungspolitik aufzubauen. Die Milliarden, die für Banken, Konzerne und Aufrüstung verschwendet werden, braucht es u.a. in der Bildung. An den Unis könnten neue Standorte geschaffen und die unzähligen prekären Lehrstellen in Vollzeitjobs verwandelt werden. Doch diese Maßnahmen können nicht in den Unis allein gewonnen werden. Dazu braucht es außeruniversitäre Kämpfe für radikale Umverteilung von oben nach unten und einen gemeinsamen Kampf mit anderen, die sich bewegen – etwa den Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich.



Kein Jugendhafen für Wien

In der Justizanstalt Wien Josefstadt sitzen 38 Jugendliche hinter Gittern. Ein Großteil davon in Un-

Kurz wurde wieder über einen eigenen Jugendhafen nachgedacht. Inzwischen heißt es, dass in der Justiz-

baut, von der viele jugendliche AsylwerberInnen betroffen sind.

Die Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft stellt klar, dass eine wirkliche Resozialisierung unter diesen Umständen nicht möglich ist. Für Wien stehen nur drei Wohngruppen für straffällige Jugendliche zur Verfügung, doch genutzt werden diese selten. Eigentlich soll damit ein Gefängnisaufenthalt vermieden werden und somit die Zahl der rückfällig werdenden Jugendlichen gesenkt werden. Statt Jugendliche wegzusperren brauchen wir mehr Jobs, leistbare Wohnungen und mehr Geld für Jugend- und Sozialeinrichtungen.

Sarah Krenn

Die Regierung behandelt jugendliche StraftäterInnen wie Erwachsene und treibt sie so in die Kriminalität.

tersuchungshaft. Denn seit 2003 gibt es in Wien keinen eigenen Jugendhafen mehr, schwarz-blau haben ihn eingespart. Zur Vergewaltigung an einem 14-jährigen im Erwachsenengefängnis 2013 meinte die damalige Ministerin Beatrix Karl (ÖVP): „Der Strafvollzug ist kein Paradies“.

anstalt Josefstadt sämtliche gesetzten Maßnahmen ausreichend sein und deshalb ist der Plan eines eigenen Jugendhafens in Wien vom Tisch. Auch weil das Justizministerium das dafür geplante Gebäude nicht bekommen hat. Als ob es keine anderen Gebäude in ganz Wien gäbe! Gleichzeitig wird die Schubhaft ausge-

Spaniens SchülerInnen streiken am internationalen Frauentag



Die sozialistische Plattform „Libres y Combativas“ (Frei und Kämpferisch), ins Leben gerufen von „Izquierda Revolucionaria“ und der sozialistischen SchülerInnengewerkschaft „Sindicato de Estudiantes“ (SE), setzt sich für Frauenrechte ein. Für 8. März brachte sie Jugendliche von über tausend Schulen und Universitäten auf die Straßen. In landesweiten Demonstrationen gingen Schülerinnen und Schüler gegen sexistische Gewalt und ge-

gen die Angriffe auf die Rechte von Arbeiterinnen auf die Straße. Spanien hat 43% Jugendarbeitslosigkeit und jedes dritte Kind ist armutsgefährdet. SE mobilisierte bereits letzten Herbst zwei Massenstreiks von SchülerInnen gegen die Angriffe im Bildungswesen. Dem Streik am 8. März folgte dann auch einer am 9. März mit über 70 Demonstrationen von SchülerInnen und Studierenden.

Stefan Brandl

HeldInnen des Monats



In der Türkei greifen ArbeiterInnen zu kreativen Mitteln, um gegen Zensur und Repression des Erdogan-Regimes zu kämpfen. Während Erdogan das ganze Land mit Propaganda für seine autoritäre Verfassungsreform zu plakatiert, schicken ArbeiterInnen aus zahlreichen Betrieben eine klare Botschaft: Hayir! („Nein!“)



Irland: Strafen fürs Protestieren

Am 21.10.2016 wurde ein 17-jähriger wegen „Freiheitsberaubung“ schuldig gesprochen. Die „Freiheitsberaubung“ bestand aus einem Sitzstreik gegen die Wassergebühren und die damit verbundene neoliberale Politik der irischen Regierung. Dabei wurde das Auto der damaligen stellvertretenden Premierministerin Joan Burton (Labour

heitsberaubung vorgeworfen werden kann.

Die überzogene Anklage markiert einen gefährlichen Schritt in Richtung Kriminalisierung von Protesten. Die Prozesse sind Teil einer politischen Kampagne des Staats. Sie dienen zur Unterdrückung der Opposition der ArbeiterInnenklasse und ihrer RepräsentantInnen. Denn tatsächlich ist die

der Herrschenden sind an der Tagesordnung. Wie im Fall von Joan Burton werden PolitikerInnen immer öfter von der ArbeiterInnenklasse bloßgestellt. Die Jobstown-Verfahren sind eine Vorbereitung auf Kämpfe, die aufgrund der Wirtschaftskrise vermehrt aufbrechen werden.

Der Jobstown-Protest fand zum Höhepunkt der

dass sie nochmal eingeführt werden – ein riesiger Erfolg der Kampagne! Das politische Establishment reagierte mit einer Schmutzkübelkampagne. Fine Gael verglich die DemonstrantInnen sogar mit ISIS. Die Popularität der Bewegung nahm trotzdem zu. Dies versuchte man aufzuhalten durch eine Spaltung der Bewegung, indem die kämpferischeren Teile dämonisiert wurden und eine Versöhnung mit den eher passiven Teilen angestrebt wurde. Das Ziel dieser Strategie war es, den führenden Persönlichkeiten der Bewegung zu schaden, vor allem die Abgeordneten von AAA/Solidarity standen im Visier von Herrschenden und Medien. Es geht ihnen auch darum zu verhindern, dass sich eine starke Linke verankert. Eine jüngste Umfrage sieht Solidarity-People Before Profit bei 9% landesweit (Labour: 5%, Sinn Féin: 13%).

Die Abgeordneten von Solidarity, Ruth Coppinger und Paul Murphy, verteidigten die Proteste, kämpften gegen die Dämonisierung an und konnten die Berichterstattung der Medien wesentlich beeinflussen. Sie zeigten die Probleme auf, die die Menschen vor Ort motivierte, Wi-

derstand gegen Joan Burton zu leisten. Die Labour Party hatte ihre WählerInnen verraten, denn sie unternahm nichts gegen die anwachsende Ungleichheit der irischen Gesellschaft. Die Socialist Party und Solidarity werden an vorderster Front gegen die Angriffe vorgehen. Die Kampagne #JobstownNotGuilty hat es sich zum Ziel gesetzt, den ersten Schuldspruch durch politischen Druck auf der Straße und weitere Mobilisierungen in der Berufung zu kippen. Die Kampagne erfährt enorme internationale Unterstützung, nicht nur in Form von Aktionen, sondern auch durch Leute wie Noam Chomsky, Jean-Luc Melenchon, Schauspieler Ricky Tomlinson sowie diverse linke ParlamentarierInnen und GewerkschafterInnen in Europa. Am 23. März fand ein internationaler Aktionstag statt, mit Aktionen vor den Botschaften Irlands in mehreren Ländern. Eine Schlüsselrolle kommt aber dem Aufbau einer starken unabhängigen Linken zu – für den die Socialist Party und ihre Mitglieder kämpfen.

Eddie McCabe,
CWI Irland

www.socialistparty.ie
und auf Facebook
Jobstown not guilty

Die irische Regierung versucht Proteste gegen ihre unsoziale Politik zu kriminalisieren.

Party) für 2,5 Stunden in Jobstown in Tallaght (einem ArbeiterInnenviertel in Südwestdublin) aufgehalten. Ein weiterer Prozess gegen sieben andere AktivistInnen, darunter Socialist Party bzw. „Solidarity“ Parlamentarier Paul Murphy, ist im Laufen. Wenn Paul für länger als sechs Monate ins Gefängnis muss, wird ihm sein Parlamentsitz entzogen. Den insgesamt 19 Angeklagten werden Straftaten von „Verstoßen gegen die öffentliche Ordnung“ bis hin zur „Freiheitsberaubung“ (Höchststrafe: lebenslange Haft) vorgeworfen. Durch die Verurteilung des Minderjährigen gibt es nun einen Präzedenzfall, mit dem normalen DemonstrantInnen Frei-

von Skandalen gebeutelte Fine Gael-Regierung stark in Bedrängnis – es könnte sogar sein, dass Präsident Enda Kenny aufgrund von Skandalen (die Regierung versucht einen prominenten Whistleblower anzuputzen) zurücktreten muss. Weil sie die Kampagne des Massenboykotts gegen die Wassergebühren anführten, wurden die Socialist Party und Solidarity (ein Bündnis mit Anti-Sparpolitik-AktivistInnen, früher unter dem Namen Anti-Austerity-Alliance, AAA) zur Zielscheibe des Staats. Der Hintergrund der Anklagen sind die sich zuspitzenden Widersprüche in einem Europa in der Krise: Proteste, Streiks und „Aufstände an der Wahlurne“ gegen die Politik

Bewegung gegen Wassergebühren statt. Zwei Wochen davor hatten 200.000 Menschen an Protesten teilgenommen. Einen Monat davor, am 11. Oktober, demonstrierten 100.000 in Dublin, am selben Tag als Paul Murphy die Nachwahl unter dem Banner eines linken Bündnisses aus AAA und People Before Profit gewann und als Vertreter des Wahlkreises Dublin South West ins irische Parlament (Dail) einzog. Sein Sieg war das Ergebnis eines radikalen Wahlkampfes, der zum Massenboykott der Gebühren auferufen hatte. 70% der Bevölkerung zahlten diese Gebühren nicht. Nach den Wahlen wurden die Wassergebühren aufgeschoben. Es ist unwahrscheinlich,

Not und Widerstand in Griechenland

Seit Jahren wird der griechische Staat schon zu massiven Einsparungen gezwungen. Das hat zur Verelendung von wachsenden Teilen der Bevölkerung geführt. Laut einem OECD-Bericht aus 2015 leben 30% unter der Armutsgrenze. 17% können ihren täglichen Bedarf an Lebensmitteln nicht decken. Drei Millionen sind von der Gesundheitsversorgung abgeschnitten. 300.000 Haushalte haben kein Einkommen und die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 50%. Nur 11% der Bevölkerung verspüren noch „Hoffnung“.

Das alles sei nötig, behaupten die Spitzen von EU bis IWF, um die griechische Wirtschaft wieder auf Vordermann zu bringen. Das Gegenteil ist passiert. Die griechische Wirtschaft ist immer noch in der selben Rezession wie zu Beginn der Finanzkrise. Die europäischen Finanzminister fordern weitere Einsparungen. Und die „linke“ Regierung wird sie umsetzen. Regierungschef Tsipras hat bereits weitere Kürzungen ab August 2018 angekündigt. Was sich in Griechenland abspielt, ist ein warnendes Beispiel dafür, wo Wirtschaft und Politik international hinsteuern.

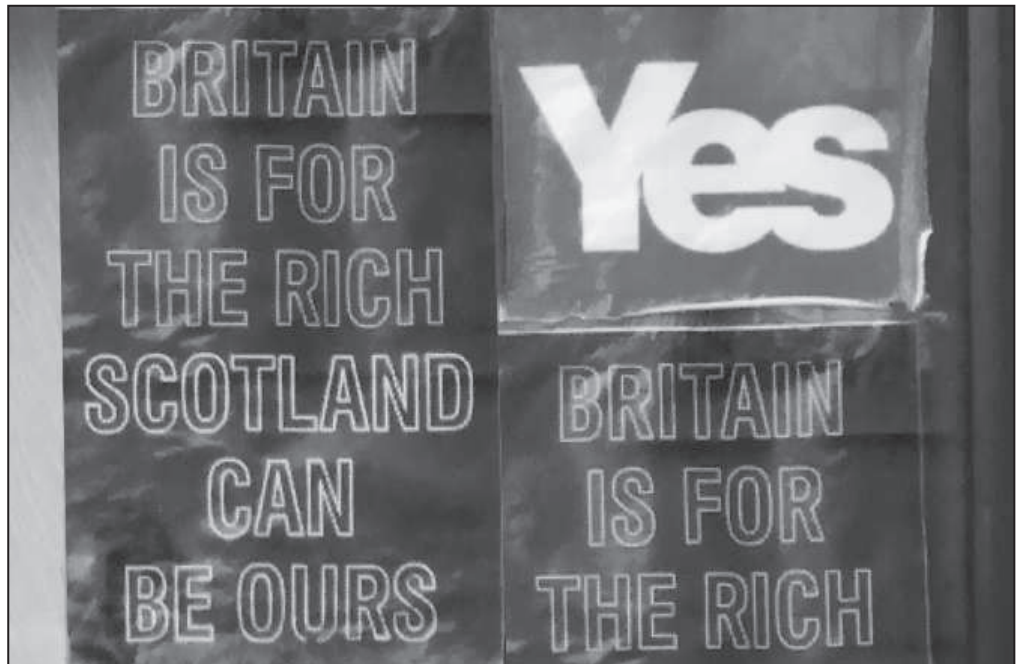
Doch trotz aller Probleme wehrt sich die Bevölkerung gegen die Ungerechtigkeiten. Anfang März streik-

ten in Athen die FahrerInnen der U-Bahnen, S-Bahnen und Straßenbahnen. Sie protestierten gegen die geplante Privatisierung des öffentlichen Verkehrs. Finanzbeamte haben derweil ein großes Transparent aus ihrem Ministerium gehängt: Sie fordern ein Ende des Sparkurses.

Am 14. März wurden zahlreiche staatliche Krankenhäuser für einen Tag bestreikt. Dort sind tausende Stellen nicht besetzt, der Rettungsdienst funktioniert nicht mehr, Überstunden werden nur verspätet bezahlt und mancherorts fehlt es am nötigsten: Nicht einmal Handschuhe oder Wappentupfer gibt es mehr.

Fast ein Jahr mussten die Reinigungskräfte der Athener Busgesellschaft kämpfen. Darunter auch Mitglieder der griechischen Schwesterorganisation der SLP. Nach ihrer Entlassung wurden ihnen ausbleibende Löhne nicht gezahlt. Weil sie vor der Zentrale der Busgesellschaft dagegen protestierten, wurde ihnen die Polizei auf den Hals gehetzt. Doch ihre Ausdauer hat sich gelohnt. Jetzt hat jeder von ihnen zwischen 3.-4.000 Euro bekommen. Der Kampf geht aber weiter – die Reinigungskräfte wollen ihren Job zurück!

Christian Bunke



Schottlands zweiter Anlauf

Im März beschloss das schottische Parlament, vor dem Hintergrund des Brexits, ein zweites Referendum über die Frage der Unabhängigkeit.

litik mit, die aus London kommt.

Vor drei Jahren konnte ein „Ja“ nur durch eine monatelange Angstkampagne des europäischen

gigkeit auf kapitalistischer Basis (mit oder ohne EU) möglich. Die Socialist Party Scotland (CWI in Schottland) kampagnisiert für ein „Ja“ – verbunden mit radikalen Maßnahmen, um die Herrschaft der Banken und Konzerne, egal welcher Herkunft, zu brechen. Nur in einem unabhängigen sozialistischen Schottland können die Menschen über wirtschaftliche und soziale Belange selbst entscheiden. Das kann Massenbewegungen in Britannien und Irland anstoßen, die dem Spardiktat den Kampf ansagen und das Projekt Schottlands unterstützen. Sie können der erste Schritt zu einer sozialistischen Föderation der Region und Europas sein.

Sebastian Kugler

Ja zur Unabhängigkeit Schottlands – mit sozialistischem Programm!

Doch um einen konsequenten Kampf für Unabhängigkeit geht es der federführenden Scottish National Party (SNP) nicht. Sie nutzt die Drohung, ein unabhängiges Schottland würde der EU beitreten, um in den Brexit-Verhandlungen Zugeständnisse aus London zu bekommen. Sie trägt selbst die Kürzungspo-

Establishments verhindert werden – dennoch stimmen 45% mit „Ja“. Es waren vor allem ArbeiterInnen und Jugendliche, die damit gegen Kürzungspolitik und für Selbstbestimmung stimmten.

Ein Ende der Fremdbestimmung ist weder durch Zugeständnisse der britischen Regierung noch durch eine Unabhän-

Südafrika gegen Rassismus

Seit Jahren wird in Südafrika Stimmung gegen ZuwanderInnen aus anderen afrikanischen Staaten geschürt. Der Konflikt spielt sich häufig in den Townships ab, also zwischen Armen und ganz Armen. In letzter Zeit gab es mehr Angriffe bis hin zu Morden in Mamelodi. Hintergrund ist eine Gruppe mit Namen „Besorgte BewohnerInnen“, die MigrantInnen die Schuld an Kriminalität und Arbeitslosigkeit gibt und zu De-

monstrationen aufruft. Die Workers And Socialist Party (WASP, CWI in Südafrika) organisiert lokale Komitees dagegen. Als Antwort auf Kriminalität tritt WASP für selbstorganisierte Nachbarschaftspatrouillen auf, statt das der korrupten Polizei zu überlassen. Mit eigenen Demonstrationen und Info-Aktionen fordern sie die „Besorgten“ heraus. Gemeinsamer Kampf gegen die Armut ist das Ziel.

workerssocialistparty.co.za

USA: 1. Mai gegen Trump

Dass es in den USA weiteren Widerstand gegen Trump geben wird, ist schon seit den Millionenprotesten zu seiner Angelobung klar. Unklar ist, wie es weitergeht und wie die Kämpfe zu gewinnen sind, greift Trump doch fast täglich eine andere Gruppe an. Rechte von Frauen, MigrantInnen, ArbeiterInnen, Versicherten... sind in Gefahr und müssen gemeinsam verteidigt werden. Eine Schlüsselrolle könnten die

noch zögerlichen Gewerkschaften spielen: Socialist Alternative (SA) setzt sich daher an deren Basis für einen Streik- und Kampftag am 1. Mai ein, der in den USA kein Feiertag ist. Viele lokale und Bundesstaats-Strukturen haben schon Aufrufe beschlossen, weitere werden folgen. Neue Massenproteste und eine ständige Bewegung können Trumps Sessel weiter ins Wanken bringen.

socialistalternative.org

GB: Protest

250.000 demonstrierten am 4.3. in London gegen Privatisierungen beim Gesundheitssystem. Die Socialist Party (SP, CWI in Britannien) verteilte landesweit über 100.000 Flyer für, weitere 30.000 auf der Demo. Jac Berry (SP), Krankenpflegerin und Mitorganisatorin der Demo, in ihrer Rede: „Mit diesem Marsch haben wir gemeinsam Geschichte gemacht, aber wir müssen auch gemeinsam streiken!“

socialistparty.org.uk



Inklusion: Gute Sache, aber nicht im Kapitalismus!

Inklusion steht als pädagogisches Konzept hoch im Kurs. Definiert wird sie als „allgemeinpädagogische[r] Ansatz, der [...] allen Menschen das gleiche volle Recht auf individuelle Entwicklung und soziale Teilhabe ungeachtet ihrer persönlichen Unterstützungsbedürfnisse zugesichert sehen will.

Bildungseinrichtungen besuchen, „Behinderte“ nicht als Integrations- oder SonderschülerInnen gebrandmarkt werden.

Inklusion ist nicht das erste fortschrittliche Bildungskonzept, das die Bedürfnisse von SchülerInnen ins Zentrum stellt und die Aussonderung „Leistungsschwacher“ über-

Das konkreteste Ziel des Bildungsministeriums ist die Abschaffung von Sonderschulen. Wie die Eingliederung beeinträchtigter Kinder in andere Schulen funktionieren soll, bleibt den Schulen überlassen. Zusätzliche Mittel für die Förderung sind nicht angedacht. Unterrichtsstunden für sonder-

Sonderbehandlung nicht zulässig. Die nötige Förderung passiert nicht – weder bei „beeinträchtigten“ noch bei „gewöhnlichen“ SchülerInnen. Meist werden keine StützlehrerInnen bereitgestellt. SonderpädagogInnen existieren nicht. Oft werden nicht einmal bauliche Hindernisse beseitigt.

ralisch unter Druck gesetzt und als „behinderndenfeindlich“, weil gegen Inklusion“, abgestempelt.

Zu Ende gedacht bedeutet Inklusion, dass Regelungen zur verpflichtenden Beschäftigung von Menschen mit Beeinträchtigung fallen oder Tagesheimstätten und Beeinträchtigten-WGs abgeschafft werden können. In einer inklusiven Gesellschaft wird akzeptiert, dass manche von uns bei gleich großer Anstrengung und gleicher Arbeitszeit weniger produzieren als andere. Der Kapitalismus ist diese Gesellschaft nicht. Solange er existiert, kann die Umsetzung solcher Vorschläge zur Bedrohung für Beeinträchtigte und alle, die mit ihnen zu tun haben, werden. Die Vorbedingung für wirkliche Inklusion ist eine Gesellschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, und nicht an den Profiten der Konzerne.

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit [...] verschwunden ist; [...] erst dann kann [...] die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (Marx, 1875)

Flo Klabacher,
Behindertenbegleiter

Kapitalismus bedeutet Gleichmacherei mit dem Ziel der Profitmaximierung.

Für den Bildungsbereich bedeutet dies einen uneingeschränkten Zugang und die unbedingte Zugehörigkeit zu allgemeinen Kindergärten und Schulen [...], die vor der Aufgabe stehen, den individuellen Bedürfnissen aller zu entsprechen.“ (Hinz, 2006)

Jeder Mensch hat körperliche, geistige, psychische und soziale Stärken und Schwächen. Folglich benötigen wir alle gezielte Förderungen und Hilfestellungen in manchen Bereichen. Bei einer Sehschwäche kann eine Brille reichen. Bei einer ausgeprägten Lernschwäche kann intensivere Betreuung durch zusätzliche (Sonder-)PädagogInnen, bei körperlichen Beeinträchtigungen bauliche Hilfsmittel nötig sein. Das Inklusions-Modell schlägt vor, dass alle, unabhängig davon, wie hoch ihr Förderbedarf ist, gemeinsame

winden will. Die Umsetzung scheitert an der kapitalistischen Realität. Nicht das Wohlbefinden und die freie Entfaltung von Menschen, sondern Profite stehen im Zentrum. Menschen müssen sich an die Bedürfnisse der Wirtschaft anpassen statt umgekehrt. Während wirtschaftlicher Aufschwungzeiten konnten – dank finanzieller Spielräume und der Stärke der organisierten ArbeiterInnenbewegung – begrenzte Verbesserungen wie (formale) SchülerInnen- oder Behindertenrechte, KlassenschülerInnenhöchstzahlen oder Integrationsklassen durchgesetzt werden. All das steht jetzt, in Krisenzeiten, unter Beschuss.

„Inklusion“ wird so zum zynischen Schwindel. Die „Umsetzung“ wird zur Sparmaßnahme auf dem Rücken der Schwächsten.

pädagogischen Förderbedarf dürfen nicht mehr als 2,7% der Gesamtstunden ausmachen. Dieser Deckel bleibt trotz steigendem Bedarf. GewerkschafterInnen beklagen den Mangel von bis zu 3.000 SonderpädagogInnen. Oft ist einE SonderpädagogIn für mehrere Klassen zuständig und muss selbst den Mangel verwalten. Unterm Strich bleiben für jedes „I-Kind“ wenige Förderstunden pro Woche. AbsolventInnen der pädagogischen Hochschulen können diesen Mangel mangels entsprechender Ausbildung nicht ausgleichen. Noch dazu soll die KlassenschülerInnenhöchstzahl fallen.

Berufsschulen, die schon seit Jahren „Inklusion leben“ zeigen, wohin die Reise geht: Weil es ja keine „Behinderten“ gäbe und wir alle Stärken und Schwächen haben, sei eine

LehrerInnen, aber auch Eltern, PädagogInnen oder Vereine von Beeinträchtigten, geraten schnell in ein moralisches Dilemma: Das Konzept Inklusion ist fortschrittlich, die Umsetzung im Kapitalismus eine Verschlechterung. Negative Aspekte des Schulsystems, die im Widerspruch zur Inklusion stehen (Frontalunterricht, Benotung, Sitzenbleiben,...) bleiben erhalten. Investitionen, die Inklusion ermöglichen, werden nicht getätigt (z.B. Personal, Sprachcomputer, Lehrbücher in Blindenschrift,...). Die Umsetzungsverantwortung wird auf unterfinanzierte Schulen und überforderte LehrerInnen abgeschoben. Die sind einmal mehr Sündenböcke für Politik und Medien, an denen sich Eltern abreagieren dürfen. Wer sich gegen diese Farce wehren will, wird mo-

Der aktuelle SLP-Lesetipp

Der von SLP-AktivistInnen ins Leben gerufene Rosdolsky-Kreis Wien widmet sich dem Leben und Werk der beiden MarxistInnen Emily (geb. Meder) und Roman Rosdolsky. Nun bringt der Kreis „Mit permanenten Grü-

Untergrundorganisation während des Krieges, über die Russische Revolution, den Justizpalastbrand, die Organisation der antistalinistischen Linken Opposition in Österreich, bis zu den Vernichtungslagern des Nationalsozi-

nalen Frage ist heute noch lehrreich und dient MarxistInnen als Vorbild für komplizierte politische Fragen im Kampf gegen nationale Unterdrückung. Roman Rosdolskys Studien über die „Grundrisse“ von Marx sind die erste umfassende Darstellung der Methode, die Marx im „Kapital“ anwendet und ein unschätzbare Beitrag für die marxistische Kritik der politischen Ökonomie. „Mit permanenten Grüßen“ bringt das bewegte Leben und die bewegenden Gedanken der Rosdolskys zusammen und beinhaltet auch einen Beitrag ihrer Enkelin Diana Rosdolsky.

Rosdolsky-Kreis Wien:
„Mit permanenten Grüßen“
ISBN 978385476-662-9
440 Seiten
Mandelbaum Verlag

„Mit permanenten Grüßen“ – Ein hochaktuelles Buch über Leben und Werk von Emily und Roman Rosdolsky.

ßen“ heraus. Das Buch wirft auf 440 Seiten ein Licht auf diese in den Hintergrund geratenen, aber umso spannenderen AkteurInnen der ArbeiterInnenbewegung des 20. Jahrhunderts. Vom Widerstand gegen den 1. Weltkrieg und dem Aufbau einer revolutionären

alismus – Die Rosdolskys erlebten und überlebten all das und viel mehr. Sie trotzten Verfolgung und Krieg, Verrat, Enttäuschung und Perspektivlosigkeit und blieben dabei den Ideen des revolutionären Marxismus treu. Mehr als das: Ihre intensive Beschäftigung mit der natio-

Neu aufgelegt: „Basiswissen Marxismus“

150 Jahre nach der Erscheinung des „Kapitals“ ist Marx wieder in aller Munde. Das „Profil“ widmet ihm ein Cover, die „Zeit“ einen Schwerpunkt zum „Prophet der Krisen“. Was in den bürgerlichen Medien steht, ist jedoch im besten Fall oberflächlich, meist verfälscht oder schlicht gelogen. Deswegen legen wir unsere (bisher) 4-teilige Broschüren-Serie „Basiswissen Marxist-

mus“ neu auf. Ohne Vorwissen voraussetzen, führen die Broschüren in „Materialistische Dialektik“, „Historischen Materialismus“, „Politische Ökonomie“ und „Marxismus und Staat“ ein. Anhand ausgewählter Stellen aus Originaltexten von Marx, Engels und anderen werden deren Gedanken leicht verständlich dargestellt. Marxismus ist keine Hexerei und keine Ideologie – sondern

die kritische Analyse der Gesellschaft und gleichzeitig ein Instrument, sie zu verändern. In einer Zeit, in der der Kapitalismus uns von der einen Katastrophe in die nächste schleudert, ist die Beschäftigung mit revolutionärer Theorie besonders wichtig, um einen Weg zu finden, dieses mörderische System abzuschaffen. „Basiswissen Marxismus“ bietet dafür den geeigneten Einstieg!

Gemeinsame Fahrt und Teilnahme an der Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Mauthausen



Seit 1946 treffen sich Überlebende und AntifaschistInnen jährlich zur Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Mauthausen, um der über 100.000 von den Nazis Ermordeten zu gedenken. Seit Jahrzehnten organisiert die SLP die Anfahrt aus Wien aber auch anderen Orten. Im Bus und vor Ort bieten wir inhaltliches Programm an, um über das Konzentrationslager und dessen Hintergründe zu informieren. Beim Infotisch gibt es auch

Material zur aktuellen Arbeit gegen Faschismus und Rassismus. Wir laden auch zur traditionellen Teilnahme mit Fahnenblock beim Ein- bzw. Auszug aus dem Innenlager ein.

**Treffpunkt für die Busfahrt
aus Wien ist um 7⁰⁰ Uhr,
gegen 17⁰⁰ Uhr
sind wir zurück**

Anmeldung und Information
über Anreise aus anderen
Orten unter:
till@slp.at

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 18⁰⁰ Uhr
im *'Habert Café'*
Salzkammergut Einkaufspark

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 19⁰⁰ Uhr
im *'Cuntra la Cultra'*
Grieplatz 5

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im *'Alte Welt'*, Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im *'Shakespeare'*
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung *'Libreria Utopia'*
15., Preysinggasse 26 – 28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Brigittenau-Ost
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im *SLP-Büro*
20., Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau-West
jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im *SLP-Büro*
20., Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

Zahlreiche
Termine und
Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at



Andere über uns



Am Frauenkampftag organisierte „Aufbruch“ unter dem Motto „Sexismus aufbrechen“ eine Aktion in Wien vor einer Müllerfiliale – dem Unternehmen, das zuletzt eine Angestellte rauswarf, weil sie einen Betriebsrat gründen wollte. Treibende Kraft bei der Aktion waren auch Aktivistinnen der SLP, die auf der Kundgebung sprachen, den Infotisch betreuten und mit PassantInnen diskutierten. Der ORF berichtete.

**Gibt es nicht
aus Profitstreben;
gibt es aus Überzeugung.**



> Berichte
> Analysen
> Hintergründe
aus sozialistischer Sicht.

VORWÄRTS jetzt abonnieren!



Normal-Abo: € 24,-
Sozial-Abo: € 14,-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Abo: ab € 7,-/Monat
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 2560000000000000000000000000000000
BIC: OPSKATWW

www.slp.at | slp@slp.at | [f /slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)



Das war der Frauenkampftag 2017

Mehr auf Seite 5

Kopftuchdebatte = Ablenkungsmanöver!

Ist die Diskussion über Kopftuch & Co wirklich wichtiger als Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot?

Verfolgt man Zeitung und Politik, könnte man meinen, es gibt kaum etwas wichtigeres als die Frage, was muslimische Frauen am Kopf tragen. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um eine Scheindebatte, die von weit wesentlicheren Problemen ablenken soll. Monatelange Wartezeiten auf eine Operation? Hauptsache die Sprechstundenhilfe trägt kein Kopftuch! Wohnen ist seit 2010 um fast 40% teurer geworden? Reden wir lieber da-

rüber, ob man mit Kopftuch einen Mietvertrag abschließen darf. Bekleidungs Vorschriften waren und sind immer ein Mittel, um Frauen zu bevormunden. Das gilt für Kleidung, die unbedingt getragen werden soll ebenso wie für solche, die nicht getragen werden darf. Weder dem Ehemann, Vater oder Bruder noch dem Chef oder Politiker steht es zu, zu entscheiden, was eine Frau trägt, oder eben auch nicht. Die Debatte selbst dient v.a. einer Ab-

lenkung von den großen sozialen Problemen wie steigende Arbeitslosigkeit und Armut. Ein Kopftuchverbot wird weder an den Problemen etwas ändern, noch an der Unterdrückung von Frauen. Eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn, ein Mindestlohn, der ein selbstständiges Leben ermöglicht und freier Zugang zum Arbeitsmarkt aber sind Instrumente, die einen Schritt in Richtung Frauenbefreiung ermöglichen.

Sonja Grusch



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.